

Problemlöser auf Augenhöhe

Erster Polizeibeauftragter Deutschlands im Gespräch

Dieter Burgard ist ein vielgefragter Mann, sein Arbeitsspektrum demzufolge sehr breit. Der 60-Jährige hat stets ein offenes Ohr für Beschwerden und Vorschläge. So ist es seine Aufgabe, bei Problemen mit Verwaltungen nach Lösungen zu suchen. Er selbst sieht sich als Lotse für die Bürgerinnen und Bürger, die den immer komplexer werdenden Verwaltungsstrukturen teils hilflos gegenüberstehen. Überparteilich und unabhängig setzt er sich für eine schnelle Klärung ein und versucht, entsprechend seiner Möglichkeiten eine Annäherung der Positionen zu erreichen. Nunmehr auch für Polizistinnen und Polizisten.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Herr Burgard, Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz sind Sie schon länger, seit einem Jahr nunmehr auch Polizeibeauftragter. Rechtfertigen Ihre ersten Erfahrungen die Schaffung dieser Funktion?

Dieter Burgard: Kein Widerspruch. Rheinland-Pfalz ist neben Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Schleswig-Holstein eines von nur vier Ländern mit einem unabhängigen

Bürgerbeauftragten. Wir haben diese Funktion ja schon seit 40 Jahren. Immer wieder kamen Bürgerinnen und Bürger, die sich dann und wann auch über die Polizei beschwert haben. Zu mir kamen aber auch Polizeibeamte, die Probleme mit dem Dienstherrn hatten, die beispielsweise bei Beförderungen kurz vor dem Ruhestand schon den Dienstweg ausgeschöpft hatten und meinen Rat suchten. Das

geschah rund 15 Mal pro Jahr. In meinem ersten Jahr als Polizeibeauftragter hatte ich schon über 80 Petitionen. Es hat mich auch überrascht, dass es beinahe so viele Eingaben aus den Reihen der Polizei wie von Bürgern gab. Entgegen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 2011, die eigentlich nur eine Beschwerdestelle vorsah, haben wir nach einer Sachverständigenanhörung – übrigens auch unter Beteiligung der regionalen GdP – mit der Funktion des Beauftragten für die Landespolizei etwas gefunden, dass nach erstem Anschein gut angenommen wird. Der entscheidende Unterschied zu womöglich ähnlichen Institutionen ist die Unabhängigkeit von jedweder an ein Ministerium gebundenen Struktur. Die Menschen können sich daher vertrauensvoll an mich wenden. Auch, weil ich mit dem Minister oder den Staatssekretären unabhängig und auf Augenhöhe in Gespräche gehen kann.

DP: Das heißt, man kennt Sie im Land?

Burgard: Ich habe bereits einige Po-

Anzeige



Weil Sie immer alles geben,
geben wir auch immer alles für Sie.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden Versicherungsschutz für die Zeit während und nach der Ausbildung. Und: Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), einem Gemeinschaftsunternehmen von SIGNAL IDUNA und GdP, kennen wir die speziellen Bedürfnisse von Polizisten und Polizistinnen besonders gut.

SIGNAL IDUNA Gruppe, Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst

Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de, www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen





lizeidienststellen besucht, mit den Kolleginnen und Kollegen Kontakt aufgenommen und für meine Tätigkeit geworben. Das passiert übrigens auch schon an der Hochschule, wo wir die jungen Beamten mit dem Polizeibeauftragten bekannt machen. Natürlich mussten wir – ich arbeite ja nicht gänzlich allein – uns mit den Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsumfeld vertraut machen, also beispielsweise Fußballspiele begleiten. Wir können uns jetzt tatsächlich ein Bild davon machen, was es heißt von morgens acht bis abends acht ein Hochrisikospiele zu begleiten, welche Belastungen auftreten und wie groß auch die Gefahr von durchaus ernsthaften Verletzungen oder Traumatisierungen ist. Wir hatten jetzt gerade erst einen Fall, bei dem ein Kollege, der vor zwei Jahrzehnten bei dem furchtbaren Flugzeugunglück auf dem Militärflugplatz in Ramstein eingesetzt war, durch irgendeinen Auslöser ein wohl lang verschüttetes Trauma erlitt, das die Fortführung des Dienstes unmöglich machte. Auch wenn das für den Kollegen ein sehr einschneidendes Erlebnis ist, so verständlich ist es, dass der Dienstherr zunächst auf Fristen und so weiter beharrt. Da sind Konflikte vorprogrammiert, da sind wir Ansprechpartner und da steigen wir dann ein.

DP: Das ist ein typischer Fall?

Burgard: Die Bandbreite ist groß. Das reicht von Dienstunfällen über interne Stellenausschreibungen, Beförderungsfällen, soziale Missstände in der Dienststelle, Dienstsport, Personalmangel, die Schadensregulierung bei Wohnungsdurchsuchungen bis zur Anerkennung längerer Lebensarbeitszeit. Uns erreichten auch schon Beschwerden von Frauen, die in den Polizeidienst eintreten wollten, aber an der Mindestgröße scheiterten. Wir haben dann festgestellt, dass es bundesweit sehr unterschiedliche oder gar keine Regelungen dazu gibt, bei der Bundeswehr ist es nochmal anders, und dann haben wir das erstmal in den Innenausschuss getragen. Sehen Sie, das ist ja ein Stück Diskriminierung, wenn man weiß, dass rund 20 Prozent der Frauen rein biologisch bedingt die vorgeschriebene Mindestgröße erst gar nicht erreichen können. Womit wir jetzt immer häufiger zu tun haben, sind Tattoos. Da gibt es Regelungen, die diskutiert werden sollten. Wenn jemand ein nicht extre-



Deutschlands erster Polizeibeauftragter Dieter Burgard Foto: Zielasko

mistisches, gut zu verdeckendes Tattoo besitzt, kann man zumindest die Frage stellen, warum es zwingend zu entfernen ist, wenn man Polizist werden will. Und: Wir haben auch schon Gespräche zwischen Bürgern und der Polizei vermittelt, wenn es Unstimmigkeiten über bestimmte Kontrollmaßnahmen gab. Es ist eine wesentliche Aufgabe des Polizeibeauftragten die situativen Befindlichkeiten der jeweiligen Seite der anderen verständlich zu machen. Da der Polizeibeauftragte einen jährlichen Bericht vorlegt, wird nunmehr auch der Minister regelmäßig im Bilde sein. Das war zuvor noch anders.

DP: Sind Sie schon von Bürgern auf Fälle angesprochen worden, wo von Außenstehenden Polizeieinsätze gefilmt und ins Internet gestellt wurden?

Burgard: Ja, es gab zwei gravierende Fälle. Einmal bei Montabaur und in Mainz. Kontrollmaßnahmen, die eskaliert sind. Da sind aber die Staatsanwaltschaften zuständig. Nur, wenn keine Ermittlungen aufgenommen wurden, kann ich mich einklinken, ansonsten bin ich außen vor. Es gab aber Probleme mit anstehenden Beförderungen von Beteiligten solcher Vorfälle. An den Beauftragten für die Landespolizei gerichtete Beschwerden über Polizeiverhalten führen jetzt nicht mehr – mehr oder weniger automatisch – dazu, dass Beförderungsverfahren gestoppt werden.

DP: Anfang Juni wurde in den Medien über Vorfälle in einer Hannoveraner Bundespolizeidienststelle berichtet, wo ein

Beamter sowohl Festgenommene wie auch eigene Kollegen offenbar über einen längeren Zeitraum drangsaliert hat. Wir würden Sie als Polizeibeauftragter einen solchen Fall angehen?

Burgard: Zunächst würde ich die Stellungnahme des Ministeriums einfordern. Da liegt die Ermittlungskompetenz. Ich selber, um das noch einmal klarzustellen, ermittele nicht. Denkbar ist aber schon, dass ein Bürger möchte, dass ich ein Gespräch in der Dienststelle führen soll, wo es Beschwerden gegeben hat. Bei strafrechtlichen Ermittlungen habe ich übrigens als Polizeibeauftragter kein Recht auf Akteneinsicht, als Bürgerbeauftragter jedoch schon.

DP: Und wenn Sie ein anonymer Kollege anspricht?

Burgard: Mir gegenüber ist er ja nicht anonym. Ich habe ja die Anschrift. Da war beispielsweise ein Kollege, der kurz nach Eintritt in den Ruhestand erstmal fünf Seiten geschrieben hat, was in der Dienststelle alles nicht rund läuft und mir das Ganze zugeschickt hat. Die aus meiner Sicht wichtigsten Informationen habe ich dann weitergegeben. Oder der Kollege, der sich über das Betriebsklima beschwert und nicht namentlich genannt werden wollte. Natürlich akzeptieren wir das.

DP: Die Innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Irene Mihalic, fordert eine zentrale Anlaufstelle, wo Bürger und Polizeibeamte Unregelmäßigkeiten berichten können. Das haben Sie in Rheinland-Pfalz ja umgesetzt, oder?

Burgard: Zunächst wollten die Landes-Grünen nur eine Beschwerdestelle über die Polizei. Im Laufe der Beratungen ist aber klar geworden, dass das erstens nicht ausreicht und zweitens auch nicht die Akzeptanz aller Beteiligten finden würde. Letztendlich war jedem klar, dass eine solche Stelle auch personell entsprechend ausgestattet sein müsste. Natürlich mit Fachleuten, die sich mit der Polizei gut auskennen.

DP: Als Polizeibeauftragter sind Sie aber noch solo hierzulande ...

Burgard: Ja, zwar hat fast jedes Polizeipräsidium ein Beschwerdemanagement, aber einen Polizeibeauftragten gibt es momentan kein zweites Mal.

DP: Kritiker sagen, es gäbe schon zahlreiche Möglichkeiten für Polizisten,





sich an verschiedene Institutionen zu wenden ...

Burgard: Also Beschwerdestellen zielen ja hauptsächlich auf Bürgeranliegen. Polizeibeamte müssen ja oft den Dienstweg einhalten und damit klarkommen. Bei Mobbingvorfällen zum Beispiel. Das ist nicht für alle einfach. Mit dem für acht Jahre in den Landtag gewählten Polizeibeauftragten hat sich die Situation für die rheinland-pfälzischen Polizisten geändert. Ihr GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach hat diese Position immer mit dem Wehrbeauftragten verglichen. Allerdings kann ich tatsächlich mehr machen. Sehen Sie, wenn ich in eine Dienststelle komme, wo sagen wir, die Schießhalle abgebrannt ist und sich nichts tut, dann spreche ich den Minister direkt an und frage, woran es hakt.

DP: Nehmen wir noch einmal den Fall einer Internen Beschwerde. Reichen Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte oder Anti-Mobbingkommissionen als Anlaufstellen für die Kolleginnen und Kollegen nicht aus? Fehlt den Betroffenen vielleicht der Mut solche Stellen zu nutzen?

Burgard: Den von Ihnen genannten Stellen fehlt das politische Gewicht. Ich sitze im Landtag. Dort habe ich die Möglichkeit, mir berichtete strukturelle Defizite auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Das heißt, vor dem Hintergrund einer Beschwerde kann ich politisch agieren, also auch direkt mit den Entscheidungsträgern.

DP: Sind Sie im Landtag in Ihrer Funktion ein gern gesehener Kollege?

Burgard: Kommt darauf, wie man

damit umgeht. Als Landtagsabgeordneter kennt man ja die meisten recht gut. Klar, ich kann auch mal lästig sein. Am Ende des Tages wollen wir aber alle Transparenz, was polizeiliches Handeln angeht. Da machen schon alle mit. Und die Doppelfunktion Bürger- und Polizeibeauftragter macht da Sinn. Auch wenn von der Opposition jetzt auch noch ein Feuerwehrbeauftragter oder ein Lehrerbeauftragter gefordert wird. Im Gegensatz zu den Genannten hat aber polizeiliches Handeln eben deutlich häufiger mit Vollzug, Einschränkung und Durchsetzung staatlicher Gewalt zu tun. Es handelt sich durchaus um massive Eingriffe. Mehr Beauftragte brauchen wir daher meiner Meinung nach nicht.

DP: Empfehlen Sie der GdP Ihre ablehnende Position zu Polizeibeauftragten zu überdenken?

Burgard: Ja, das bringt die Polizei auf jeden Fall weiter. Nehmen wir den Personalstand. Wir haben mit dafür gesorgt, dass in Rheinland-Pfalz wieder mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Wir haben in manchen Dienststellen ein Durchschnittsalter von 52 Jahren. Überalterung ist auch das Thema eines Polizeibeauftragten.

DP: Sie möchten also möglichst bald eine Jahrestagung der deutschen Landes- und Bundespolizeibeauftragten leiten?

Burgard: Ja gerne. Oder haben Sie etwas dagegen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte jemanden von außen ansprechen können, der ihre persönlichen Belange auf entsprechender politischer Ebene vertritt? Als

Gewerkschaft bleibt Ihnen jedenfalls noch genug zu tun. Wir stehen in keiner Weise in Konkurrenz, eher im Gegenteil. Es ist ja auch so, dass ich mit der GdP zusammenarbeite und Impulse bekomme. Die Kollegen sagen, Du, da arbeiten wir gerade dran, vielleicht kannst Du uns unterstützen. Die Palette der Anfragen ist sehr breit. Und oft konnte ich Dinge anstoßen und auch bewegen, die letztlich übergeordnet angesiedelt waren und dadurch auch andere Kolleginnen und Kollegen betreffen. Das können ganz alltägliche Dinge sein wie Paarbeziehungen in einer Inspektion und die womöglich einem Leitbild widersprechen. Über solche Dinge müssen wir doch reden können.

DP: Von einer internen Sonder-Beschwerdestelle, so wie sie unlängst der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, vorgeschlagen hat, halten Sie nicht viel?

Burgard: Genau, es ist gut, und da wiederhole ich mich, wenn einer von Draußen reinschaut, unabhängig ist und vielleicht die eine oder andere Frage stellt, die ein interner womöglich nicht stellen würde. Außerdem ist meine Funktion ja keine politische Einbahnstraße. Ich höre auch dem Innenminister gerne zu, wenn er ein polizeiliches Thema auf dem Herzen hat und Informationen und Einschätzungen benötigt. Es ist für ihn wichtig zu wissen, wie die Stimmung ist und was so läuft. Da ich stets ein Ohr an der Basis und bei den Präsidenten habe, weiß ich das.

DP: Die GdP kümmert sich seit Jahren um das Thema Psychische Belastung am Arbeitsplatz ...

Anzeige

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe.
In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturtherapie und komplementären Therapien. Die Klinik hat einen ganzheitlichen nachholenden Ansatz, der mit den Patienten als Basis der gemeinsamen Pflugesatz ab.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ für Akutbehandlungen gemäß § 12 SGB V. Die Beihilfegesetzgeber haben der Klinik den Status einer Rehabilitationsklinik mit den höchsten Standards verliehen.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





Burgard: ... Ja, die psychologische Begleitung der Kolleginnen und Kollegen muss stärker werden. Neulich sind junge Kollegen bei einem Fußballspiel mit Gedärmen und Innereien beworfen worden. Das war schon heftig. Die Beamten konnten den Dienst nicht mehr antreten. An Nachsorge ist nicht viel passiert. Das wird halt noch nach Schema abgearbeitet.

DP: Sie haben einige Fälle geschildert, wo Sie tätig wurden. Es scheint, als hätten Sie genug zu tun?

Burgard: Ich war über die Fülle der Eingaben schon erstaunt. Andererseits wird das auch klar, wenn man beispielsweise einen Großeinsatz begleitet. Was die Kolleginnen und Kollegen da leisten müssen, hätte ich mir so gravierend nicht vorgestellt. Und auch die Schilderungen mancher Bürger, die sich über den Umgang mit ihnen beklagten, zeigten, dass sonst vielleicht vieles unter den Tisch gefallen wäre. Das muss ja nicht alles in ein Disziplinarverfahren münden.

DP: Berichten Polizeibeamte Ihnen gegenüber über mehr Gewalt?

Burgard: Auf jeden Fall. Öfter aber über zunehmende Respektlosigkeit.

DP: ... auch eine Aufgabe für den Polizeibeauftragten?

Burgard: Ich habe genau dieses Problem in meiner 100-Tage-Bilanz erwähnt und es zu einem meiner Hauptthemen gemacht.

DP: Ihr Innenminister ist gerade IMK-Vorsitzender. Er hätte jetzt noch ein halbes Jahr, um die bundesweite Einrichtung des Polizeibeauftragten doch vorantreiben?

Burgard: Ja, das könnte er. Fakt ist, dass die Schaffung einer solchen Stelle samt fachlichem Unterbau Geld kostet. Und da wird es ja wieder spannend. Außerdem muss der Polizeibeauftragte gesetzlich verankert und sein Wirken definiert werden.

DP: Es wäre eine historische Chance.

Burgard: Zumindest wäre es sehr innovativ. Ich wäre aber schon froh, wenn es überhaupt zu einem übergreifenden Austausch über diese Thematik kommen würde.

DP: Herr Burgard, vielen Dank für das Interview.

Das Gespräch führten Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko.

